

Umweltverträgliches Fracking ?

- Geologische Potenziale und technische Herausforderungen -
24./25. Juni 2013 in Hannover

Ruth Hammerbacher studierte an der Freien Universität Berlin und an der Universität Bielefeld Soziologie, Politologie und Psychologie und war anschließend an der Universität Osnabrück als wissenschaftliche Mitarbeiterin in Forschungsprojekten tätig. 1981 bis 1990 nahm sie politische Funktionen als Kommunalabgeordnete, Landtagsabgeordnete und Bundesvorsitzende der Partei Die Grünen wahr. Seit 1990 ist sie als Beraterin und Moderatorin in gesellschaftlichen Konfliktsituationen tätig u. a. zu den Themen Erdgas, CCS, Naturschutz und abbauende Industrien, Industriestandorte, GMO, Lebensmittelkette, Tierversuche.



hammerbacher gmbh beratung & projekte

Ruth Hammerbacher
Schnatgang 27, 49080 Osnabrück
Tel. +49 (0) 541 33882-0
Mail: rh@hammerbacher.de

Wie die Gesellschaft einbinden? Mediationserfahrungen.

Bei gesellschaftlich umstrittenen Themen wie aktuell dem Thema Fracking zur Gewinnung unkonventioneller Erdgasvorkommen wird insbesondere aus dem Bereich der Politik Hoffnung auf das Instrumentarium der Mediation gesetzt. Dabei werden die speziellen Möglichkeiten und damit auch Grenzen der Mediation oft missverstanden.

Grundsätzlich eignet sich Mediation eher nicht für öffentliche Konfliktsituationen, weil typische Erfolgsfaktoren nicht gegeben sind. So ist die Zahl der Betroffenen gerade bei Infrastrukturkonflikten sehr groß und daher eine "face to face" Verhandlungssituation nur für einen Repräsentantenkreis realisierbar. Diese Akteure sind aufgrund ihrer – im Verhältnis zu direkt Betroffenen aber auch z. B. zu demokratisch gewählten Parlamentariern – deutlich schwächeren Legitimation tendenziell nicht entscheidungsautonom. Die für eine glaubwürdige öffentliche Konfliktbehandlung unverzichtbare umfassende Transparenz von Kommunikationsverfahren löst oder mildert zwar das Legitimationsproblem. Sie widerspricht jedoch der für die Mediation typischen Vertraulichkeit, die das Überwinden von Positionen zugunsten eines Kompromisses zwischen den tatsächlichen Interessen ohne Gesichtswahungsprobleme gegenüber Dritten fördert. Dementsprechend langwierig stellen sich sog. Mediationsverfahren zu öffentlichen Großkonflikten dar.

Allerdings lassen sich andere typische Faktoren der Mediation nutzen, um glaubwürdige und lösungsorientierte öffentliche Beteiligungsverfahren durchzuführen. Hierzu zählen insbesondere die unabhängige Prozesssteuerung durch eine/n Neutrale/n Dritte/n, die Allparteilichkeit der Prozesssteuerung und der Perspektivenwechsel der Prozessbeteiligten als durchgängige Arbeitsprinzipien, die einvernehmliche Informationsbasis sowie die Vorklärung der Kommunikations- und Handlungswege durch einen Vorprozess.

Bei Infrastruktur- und ähnlich weitreichenden Projekten müssen jedoch weitere bzw. speziellere Faktoren realisiert werden. Als kritische Punkte dieser Verfahren stellen sich u.a. dar: Abgrenzung des Kreises der zu Beteiligten, Zeitpunkt des Verfahrens und unterschiedliche Entscheidungshorizonte der Beteiligten, Aufbereitung und Vermittlung von nicht-alltäglichen Informationen und Wissensständen, Begleitung durch Medien, politische Wechsel.

Die Diskussion über Mediation in öffentlichen Konfliktsituationen zeigt das Bedürfnis nach einem orientierenden Instrumentarium für den gewachsenen Beteiligungsbedarf. Wenn dieser Bedarf als dauerhaft einzuschätzen ist, stellt sich die Frage, ob und welche Vorgaben über die vorhandenen rechtlichen Regelungen der Beteiligung Betroffener bzw. der Öffentlichkeit hinaus nötig werden, um die Legitimität der neuen Verfahren als dauerhafte Ergänzung der parlamentarischen Demokratie zu sichern.